



Medienmitteilung

Zürich, 3. November 2022

Beschlüsse der Kommissionen

KBIK: Änderung der Lehrpersonalverordnung soll genehmigt werden

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 5 Stimmen, eine Änderung der Lehrpersonalverordnung zu genehmigen ([5794](#)). Als Folge der vom Bund vorgegebenen neuen Zulassungsbestimmungen zum Studium an der Pädagogischen Hochschule wird die Ausbildung zur Lehrperson auf Kindergarten- und Unterstufe der Primarstufe (KUst) vereinheitlicht. Der bisherige Studiengang zur Kindergartenlehrperson wird aufgehoben. Gleiche Qualifikation und gleiche Tätigkeit bedeutet lohntechnisch eine Gleichstellung der Kindergartenlehrpersonen mit den Primarschullehrpersonen. Dafür ist diese Anpassung der Lehrpersonalverordnung vorgenommen worden. Eine Minderheit (SVP und FDP) will die Ausbildung zur reinen Kindergartenlehrperson beibehalten und lehnt deshalb die Änderung ab. Demgegenüber betrachtet eine weitere Minderheit (EVP, SP, AL und Grüne) die Frage zu den Pensen von Kindergartenlehrpersonen als nicht genügend beantwortet und dementsprechend die Motion von Hanspeter Hugentobler als nicht erledigt ([KR-Nr. 7/2018](#)).

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg, 079 769 34 36)

KBIK: Einheitliche Zulassung für Lehrpersonen der Kindergarten- und Primarstufe

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 5 Stimmen eine Änderung des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule ([5796](#)). Auf Bundesebene sind die Zulassungsbestimmungen zum Studium an einer Pädagogischen Hochschule geändert worden, was eine Anpassung des kantonalen Gesetzes nötig macht. Die Ausbildung auf Kindergarten- und Unterstufe der Primarstufe (KUst) soll vereinheitlicht werden. Damit erhalten die Kindergartenlehrpersonen eine umfassendere Ausbildung (für die Schuljahre 1 bis 5) und sind folglich in den Schulen breiter einsetzbar. Eine Minderheit (SVP und FDP) will die Ausbildung zur reinen Kindergartenlehrperson beibehalten.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg, 079 769 34 36)

GPK: Geschäftsbericht der BVG- und Stiftungsaufsicht zur Genehmigung beantragt

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2021 der BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS) zu genehmigen ([5854](#)). Die BVS nimmt als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt für den Kanton die Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge wahr. Zudem beaufsichtigt sie die unter kantonaler Aufsicht stehenden Stiftungen. Aufgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungen informierte die BVS die GPK anlässlich ihrer diesjährigen Orientierung zusätzlich zur jährlichen Berichterstattung auch über das aktuelle Marktumfeld und die derzeitige finanzielle Situation der Vorsorgeeinrichtungen. Gemäss der BVS bewegt sich die aktuelle Entwicklung im normalen Szenario von Wertschwankungen, welche die Vorsorgeeinrichtungen dank ihrer Reserven auffangen können. Sollten sich die Marktverwerfungen hingegen akzentuieren und einzelne Vorsorgeeinrichtungen deswegen in



ihrem Deckungsgrad unter eine festgelegte Schwelle fallen, könnten Sanierungsmassnahmen nötig werden.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

GPK: Jahresberichte der Religionsgemeinschaften zur Kenntnisnahme beantragt

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat, die Jahresberichte 2021 der anerkannten Religionsgemeinschaften sowie deren Nachweise zur Einhaltung der negativen Zweckbindung zur Kenntnis zu nehmen ([5861](#)). Die fünf Religionsgemeinschaften (Evangelisch-reformierte Landeskirche, Römisch-katholische Körperschaft, Christkatholische Kirchgemeinde, Israelitische Cultusgemeinde Zürich und Jüdische Liberale Gemeinde) sind verfassungsmässig als selbständige Institutionen anerkannt, weshalb der Kantonsrat deren Jahresberichte und die Nachweise zur Einhaltung der negativen Zweckbindung lediglich zur Kenntnis nimmt. Mit dem Nachweis der negativen Zweckbindung zeigen die kirchlichen Körperschaften auf, dass die kirchlichen Erträge (Einnahmen abzüglich der Steuern der juristischen Personen und der Kostenbeiträge) den Aufwand für kultische Zwecke decken oder übersteigen.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

WAK: Rahmenkreditabrechnung für Ausgesteuerte soll bewilligt werden

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Abrechnung eines Rahmenkredits für die Jahre 2018–2021 für Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte zu bewilligen ([5407](#)).

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

WAK: Kein Massnahmenpaket zur Stimulierung der Wirtschaft

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das dringliche Postulat von SVP-Kantonsrat Marcel Suter betreffend Massnahmenpaket für einen wirtschaftlichen Aufschwung als erledigt abzuschreiben ([5818](#)). Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat aufgefordert, ein Massnahmenpaket zur Stimulierung der Wirtschaft und des Konsums sowie zur Effizienzsteigerung des Kontakts mit Behörden durch den Abbau von Bürokratie und einer Beschleunigung der Digitalisierung zu erarbeiten. Die WAK teilt die Ansicht des Regierungsrates, dass sich die Wirtschaft im Kanton Zürich grundsätzlich positiv entwickelt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden bereits mit verschiedenen Massnahmen verbessert und weitere sind geplant. Darüber hinaus besteht auch für die Kommission keine Notwendigkeit für ein Stimulierungspaket.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

FIKO: Postulat zu Regulierungsfolgeabschätzungen soll abgeschrieben werden

Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Transparenz bei der Beurteilung von Regulierungsfolgeabschätzungen» als erledigt abzuschreiben ([5793](#)). Regulierungsfolgeabschätzungen (RFA) zeigen die erwarteten Auswirkungen von Erlassen auf die Unternehmen und den Wirtschaftsstandort Zürich auf. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, zu prüfen, wie die Beurteilungen von



RFA der zuständigen Fachstelle in der Volkswirtschaftsdirektion öffentlich zugänglich gemacht werden können. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht zum erwähnten Postulat in Aussicht gestellt, dass die federführende Direktion bzw. die Staatskanzlei die Überlegungen zur RFA neu nach einer standardisierten Struktur im Antrag an den Regierungsrat darstellt. Falls gemäss den Richtlinien des Regierungsrates keine RFA notwendig ist, hat die federführende Direktion bzw. die Staatskanzlei die entsprechenden Gründe aufzuführen. Die Richtlinien des Regierungsrates zur Durchführung der RFA sind zwischenzeitlich dementsprechend angepasst worden. Aus Sicht der FIKO wird mit dem dargelegten Vorgehen die Forderung der Postulantinnen und Postulaten nach mehr Transparenz bei der Beurteilung von RFA erfüllt.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.